

Gekürzt, gespart - aber nicht überall

Das Aargauer Parlament hat am zweiten Tag seiner Budgetberatung gegen 80 Anträge behandelt. Eine Auswahl der wichtigsten Entscheide, die der Grosse Rat vor seinem Ja zum Voranschlag 2004 gefällt hat. Bildung, Kultur und Sport

ENGLISCH AN DER PRIMARSCHULE: Gegen die Verschiebung des Frühenglisch regt sich Widerstand. Simona Brizzi (sp, Baden) stellt den Antrag, auf die Verschiebung zu verzichten, zumal die Massnahme kontraproduktiv sei und wenig Einsparungen bringe. Der Rat stimmt der Massnahme im Betrag von 634 000 Franken jedoch deutlich zu.

SONDERSCHULEN: Manfred Dubach (sp, Zofingen) stellt den Antrag, auf die Reduktion des schulischen Angebots an Sprachheilkindergärten, Sonder- und Heimschulen zu verzichten. Auch dieser Massnahme im Umfang von 420 000 Franken stimmt der Rat aber klar zu.

INSTRUMENTALUNTERRICHT: Der Verzicht auf die zweite halbe Unterrichtsstunde Instrumentalunterricht an den Mittelschulen wird trotz Widerstand - Marie-Louise Nussbaumer (sp, Obersiggenthal) wehrt sich dagegen - bestätigt. Das Einsparpotenzial beträgt 390 000 Franken.

STUNDENPOOL: Die prozentuale Kürzung des globalen Stundenpools an Mittelschulen, WMS und DMS ist heftig umstritten. Benedikt Lüthi (cvp, Lenzburg) und Marie-Louise Nussbaumer (sp, Obersiggenthal) wollen die Massnahme im Umfang von 1,125 Millionen Franken verhindern. Doch der Antrag, auf die ganze bzw. auf die halbe Streichung zu verzichten, scheidet knapp.

BERUFSSCHULEN: Der Erhöhung der durchschnittlichen Schülerzahl an der Berufsschule Richtung 24 erwächst Widerstand. Emanuele Soldati (sp, Staufen) stellt den Antrag, auf die 310 000 Franken schwere Massnahme zu verzichten. Doch der Rat stimmt ihr deutlich zu. Ebenso wird der Reduktion der Expertenpauschale an der Lehrabschlussprüfung um 750 000 Franken gekürzt.

FINANZDEPARTEMENT

STEUERAMT: Skonto sowie Verzugs- und Vergütungszinsen werden reduziert, was eine Verbesserung um 1,54 Millionen zur Folge hat. Ebenfalls reduziert werden die Abschreibungen auf Steuerforderungen - um 0,9 Millionen Franken. Steuerermehreinnahmen von 5 Millionen budgetiert der Rat mit der Einstellung von fünf zusätzlichen Steuerkommissären. Ein Antrag von Urs Haeny (fdp, Oberwil-Lieli), auf die Massnahme zu verzichten, wird abgelehnt.

SNB-AUSSCHÜTTUNGEN: Die zusätzlichen Ausschüttungen der Nationalbank im Umfang von 20,9 Millionen Franken werden für dieses Jahr nicht in die Sonderfinanzierung, sondern in die ordentliche Rechnung integriert. Der Regierungsrat behält sich für die kommenden Jahre eine Änderung dieser Praxis vor.

LANDWIRTSCHAFT: Der Rat kürzt die neuen Verträge für Öko-Massnahmen in der Landwirtschaft um 100 000 Franken, die Beiträge an die Tierhaltung um 25 000 Franken und die Investitionsbeiträge für Bodenverbesserung um 200 000 Franken.

WALD: Der Rat beschliesst, die Zahlungsverpflichtung für die Wiederbewaldung der «Lothar»-Sturmflächen zu erstrecken. Der finanzielle Effekt beziffert sich auf 500 000 Franken. Um den gleichen Betrag geht es bei der Reduktion der Beiträge für die Jungwaldpflege um 20 Prozent. Gekürzt um 160 000 Franken werden auch die Beiträge für das Naturschutzprogramm Wald.

GESUNDHEITSDEPARTEMENT

KANTONSSPITÄLER: Total 24 Mio. mittels Kürzung der Betriebsbeiträge an die kantonalen Häuser, dazu 11,2 Mio. mittels Einfrieren ihrer Investitionsbeiträge und total 6,5 Mio. mittels weiteren Kürzungen der Betriebsbeiträge an die Kantonspitäler Aarau und Baden: Dieses vorgeschlagene Entlastungspotenzial will die (deutliche) Ratsmehrheit voll ausschöpfen. Vehemente, aber letztlich erfolglose Gegenwehr kommt allein von der SP-Fraktion und Grünen, die vehement den vollen Verzicht auf die «riskanten» Massnahmen fordern. Diese seien gravierend, liessen diverse Veränderungen (demografische Entwicklung,

Auswirkungen neuer Erlasse) unberücksichtigt und bedeuteten letztlich schlechtere Karten für Grundversicherte und ältere Menschen, moniert Cécile Frei (Gebenstorf) namens ihrer Fraktion. Auch Reto Miloni (gr, Mülligen) warnt vor negativen Folgen des Entlastungspakets im Gesundheitswesen.

KRANKENHEIME: Gegen den Willen von SP und Grünen folgt der Rat der regierungsrätlichen Forderung nach kostendeckendem Betrieb der Krankenhäuser (Ausnahme Reusspark und Laurenzenbad (Entlastung 3,7 Mio.).

REGIONALSPITÄLER/KLINIKEN: Keine Chance hat der von den Grünen beantragte Verzicht auf das Einfrieren der Betriebsbeiträge an Regionalspitäler und Spezialkliniken, verbucht mit einem finanziellen Effekt von 6 Mio., sowie der Verzicht auf Reduktion der Amortisation der Bauschulden der Regionalspitäler, Kranken- und Altersheime im «Wert» von 10 Mio.

SUCHTBERATUNG: Die Kürzung des Kantonsbeitrags an die ambulante Suchtberatung um 150 000 Franken ist umstritten. Der von weiteren Votanten unterstützte Antrag von Ursula Brun (fdp, Mumpf), auf diese Massnahme zu verzichten, scheidet knapp mit 77 zu 71.

SOZIALWESEN: Die Senkung des Kantonsanteils im Kostenschlüssel (gemäss dem an der Urne verabschiedeten 2. Paket Aufgabenteilung) führt zu einer Entlastung um 3,7 Mio. Franken. Durch eine konsequentere Praxis bei der Rückerstattung von Sozialhilfe verspricht man sich im Weiteren 200 000 Franken.

ASYLWESEN: 750 000 Franken Entlastung resultieren aus der Halbierung des Taschengelds für Asylsuchende von 2 auf 1 Franken pro Tag. Ursi Arpagaus (sp, Lengnau) namens ihrer Fraktion und Josef Winter (cvp, Kaisten) wehren sich vergeblich.

BAUDEPARTEMENT

ZUGSBEGLEITER: Gegen SP, EVP, Grüne und SD/FP stimmt die Ratsmehrheit dem Verzicht auf die eigentlich vorgesehenen Zugsbegleiter im Regionalverkehr ab 21 Uhr zu. Das Entlastungspotenzial beläuft sich auf 2,5 Mio.

NATUR: Insgesamt 1,5 Mio. resultieren aus der Reduktion von Beiträgen an Gewässerschutzanlagen und Uferschutzbauten der Gemeinden sowie aus der Reduktion von Landkäufen für Umweltentwicklungen, alles Massnahmen, welche die SP bekämpft.

ENERGIE: Der Heimfallverzicht beim Rheinfkraftwerk Albruck-Dogern bringt Entlastung um 3,8 Mio.

DIENSTLEISTUNGSaufträge: Auf Antrag von Hans Bürge (evp, Safenwil) stockt die Ratsmehrheit den Kürzungsbetrag von 1 Mio. um weitere 2 Mio. brutto auf. Netto entsprechen dies einer Entlastung um 1,7 Mio., hält SRK-Präsident Alex Hürzeler dazu fest.

AUENSCHUTZ: Wie von Kommission und Regierung beantragt, werden die für das Auenprogramm im Budget vorgesehenen 3,3 Mio. um 800 000 Franken reduziert. Am ursprünglichen Betrag festhalten möchten Astrid Andermatt (sp, Lengnau), Alice Liechti (cvp, Wölflinswil), Rainer Kaufmann (fdp, Rapperswil) und Heidi Berner (evp, Lenzburg). Der Auenschutz sei doch ein Aushängeschild des Kantons und man dürfe nun die angelaufenen Projekte nicht stoppen oder verschieben. Auf die Kürzung zu verzichten wird mit 98 zu 60 Stimmen abgelehnt.

Aufgezeichnet von Bettina Talamona und Balz Bruder.

Sitzleder gefragt Elf Stunden lang beugen sich die Ratsmitglieder über umfangreiches Papier zum Budget.
ANDRÉ ALBRECHT